

KINDER BRAUCHEN CHANCEN UND PERSPEKTIVEN

Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter:

www.spd-fraktion-hessen.de



Thorsten Schäfer-Gümbel sucht als Oppositionsführer im Hessischen Landtag aktiv die Auseinandersetzung mit der Landesregierung. Hart in der Sache und fair im Ton, geht es ihm um eine neue Politik für Hessen: modern in den Inhalten und konstruktiv im Stil. „Niemand wird zurückgelassen“, lautet das Grundprinzip seiner Politik – egal ob in der Schul- und Bildungspolitik, der Sozial- oder der Arbeitsmarktpolitik. Das heißt auch: Jedes Kind muss die Chance auf bestmögliche Bildung erhalten – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Impressum

Herausgeber: Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.), SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511
www.spd-fraktion-hessen.de, info@spd-fraktion-hessen.de

Erscheinungsdatum: Februar 2011
Redaktion: Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Martin Rabanus, Referent für Bildung
Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden
Titelbild: © deanm1974 - Fotolia.com
Rückseite: © Ilan Amith - Fotolia.com



INKLUSION IST KEINE ERMESSENSFRAGE!

Gerhard Merz, MdL

Das Bildungs- und Schulwesen in der Bundesrepublik steht vor einer großen Herausforderung: Die gemeinsame Erziehung und Bildung von behinderten und nichtbehinderten Kindern, von Kindern mit und ohne besonderen Förderbedarf muss vor dem Hintergrund der rechtlichen Verpflichtungen aus der UN-Konvention für die Rechte Behinderter energisch vorangetrieben werden. Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion ist die Konsequenz aus der UN-Konvention unzweideutig die, dass es auf den gemeinsamen Unterricht dieser Kinder einen Rechtsanspruch gibt und dass das damit verbundene Ziel des gemeinsamen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler jedweder Förderbedarfe auf allen Schulstufen und in allen Schulformen pädagogisch ebenso sinnvoll wie realisierbar ist. Das hat erhebliche Konsequenzen für das Schulwesen insgesamt, für die einzelne Schule, für den Unterricht. Bezogen auf das Schulwesen wird das derzeitige System der Förderschulen so nicht mehr weiter bestehen können. Die sonderpädagogischen Beratungs- und Förderkapazitäten werden in viel stärkerem Maße als bisher an die „Regel“schulen verlagert und dort zum integralen

Bestandteil der pädagogischen Arbeit werden müssen. Lehrerausbildung und Unterricht müssen auf die Situation noch stärker differenzierter Lerngruppen und eines lernziel-differenten Unterrichts eingestellt werden. Grundsatz muss sein: Die Förderung folgt dem Schüler und nicht umgekehrt. In unserem Entwurf für ein neues Hessisches Schulgesetz haben wir die ersten Schritte in Richtung auf ein in diesem Sinne inklusives hessisches Schulwesen markiert. Dieser Entwurf steht nach wie vor zur Diskussion. Unsere Zielsetzung hat viel Zuspruch gefunden, der Weg, den wir im Einzelnen einschlagen wollen, ist aber auch kritisch kommentiert worden. Die Einwände nehmen wir ernst, weil es uns nicht um die Durchsetzung eines abstrakten Prinzips geht, sondern um die bestmögliche Förderung aller Kinder. Deshalb werden wir z. B. die Frage des Wahlrechts der Eltern zwischen verschiedenen Schulformen und die der zukünftigen Eingliederung der sonderpädagogischen Beratung und Förderung noch einmal kritisch überdenken. Es kann aber kein Zweifel daran sein: Ein inklusives Bildungswesen ist nötig und möglich!



GEMEINSAME MITTELSTUFE KONTRA MITTELSTUFENSCHULE

Heike Habermann, MdL

Die frühe Aufteilung in verschiedene Schulformen bereits nach der vierten Klasse beeinträchtigt die Bildungschancen vieler Kinder und verschärft Ungleichheiten. Gleichzeitig führen sinkende Schülerzahlen dazu, dass insbesondere die Hauptschule in Hessen nicht mehr überlebensfähig ist. In vielen Regionen Hessens wird darüber nachgedacht, wie ein breites Bildungsangebot wohnortnah erhalten werden kann, das alle Schulabschlüsse einschließt. Da genügt es nicht, wenn die Landesregierung mit dem Konzept der Mittelstufenschule einen weiteren Wiederbelebungsversuch der Hauptschule startet. Das Konzept einer



Schule mit zwei Ausgängen greift zu kurz und ist unattraktiv insbesondere für Schulen mit Förderstufe. Die SPD will stattdessen das Angebot einer Schule mit drei Ausgängen. Die Gemeinschaftsschule bereitet auf alle Schulabschlüsse vor, sie arbeitet ausschließlich binnendifferenziert, ganz-tätig und mit kleinen Klassen. In Integrierten Gesamtschulen wurden die Konzepte entwickelt – mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet, können sie in allen Schulen umgesetzt werden. Darüber soll jede Schule selbst entscheiden. Gemeinsam lernen ist besser als immer neue Schulformen erfinden.

EINE SCHULE MIT DREI AUSGÄNGEN

HESSENGERECHT.



SCHULINFO

DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN ZUR BILDUNGSPOLITIK 2011





Mit dem „Haus der Bildung“ hat die SPD-Fraktion bereits 2006 ein Konzept für ein Bildungssystem aus einem Guss vorgelegt. Die Bausteine dieses Hauses sind frühkindliche Bildung, Ganztagschulen, gemeinsames Lernen in der Sekundarstufe I, Selbstverantwortung von Schule und Lehrerbildung. Sie sind so zu entwickeln, dass jedes Kind dort abgeholt und mitgenommen wird, wo es steht. Alle Begabungen und Talente sollen sich entfalten können, und der fatale Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg muss endlich aufgelöst werden. Aus diesem Konzept ist jetzt ein Schulgesetzentwurf entstanden, der im September in den Landtag eingebracht wurde. Das „Gesetz für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit“ definiert die Schritte hin zu einem inklusiven Schulsystem, das Vielfalt als Chance begreift und das einzelne Kind in den Mittelpunkt rückt. Der Gesetzentwurf soll Grundlage sein für die Diskussion um den besten Weg für Hessens Schulen. Die SPD-Fraktion ist gespannt auf Kritik und Anregungen, um diese Grundlage weiterzuentwickeln.

Heike Habermann, MdL
Bildungspolitische Sprecherin



AUFBRUCH IN EINE NEUE DEKADE – CHANCEN NUTZEN

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Am Beginn des zweiten Jahrzehnts in diesem Jahrtausend blicken wir zugleich auf zehn Jahre PISA zurück. Seither hat zwar die bildungspolitische Diskussion eine hohe Qualität erreicht – nationale wie auch internationale Bildungsforschung ist en vogue. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen.

In praktisches Handeln ist von den neuen Erkenntnissen jedoch nur ein Bruchteil übergegangen – gerade in Hessen. Nach wie vor hält die Landesregierung an den falschen Konzepten fest: Selektion, Schulstress, G8, mangelnde Ganztagserschulung und zu wenig individuelle Förderung sind nur einige Stichworte.

Deswegen hat die SPD nun ihre Alternativen zum Regierungshandeln in einen eigenen Gesetzentwurf für ein Schulgesetz gefasst. Wir zeigen damit, dass man die Vermittlung von Wissen und Werten mit einer modernen Schulpolitik verbinden kann, die das Kind in den Mittelpunkt stellt. Brechstangenpädagogik und Ausgrenzung weichen gemeinsamem Lernen und Inklusion.

Die SPD-Fraktion hatte der Landesregierung angeboten, in gemeinsame Beratungen über das Schulgesetz einzutreten, um im Interesse unserer Kinder einen Schulfrieden in Hessen zu schaffen. Leider hat sie dieses Angebot abgelehnt. Jetzt werden wir im Parlament für ein fortschrittliches Schulgesetz streiten.

Ihr
Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



HESSISCHES AUSBILDUNGSFÖRDERUNGSGESETZ VORGELEGT

Brigitte Hofmeyer, MdL

Eine Gesetzesinitiative der SPD zielt darauf ab, bedürftige Schüler nach der Mittelstufe mit einer hessischen Ausbildungsförderung finanziell zu unterstützen – aus dieser Förderung können auch Beförderungskosten beglichen werden. Studien belegen, dass der Schul-



INDIVIDUELL UND FLEXIBEL LERNEN – TURBO-ABI G8 ABSCHAFFEN

Lisa Gnadt, MdL

Die negativen Auswirkungen des „Turbo-Gymnasiums“ G8 werden immer deutlicher: Dauerstress für Schüler/-innen und deren Familien, mangelnde Freizeit für die Kinder und noch schärferer Leistungs- und Selektionsdruck an den Schulen. Deshalb will die SPD zu einer sechsjährigen Mittelstufe zurückkehren und G8 abschaffen. In unserem Vorhaben sehen wir uns bestärkt durch die große Anzahl von Gesamtschulen, die seit 2008 zu G9 zurückgekehrt sind.

Das Abitur nach zwölf Jahren bleibt mit der SPD dennoch möglich: Wir wollen die Ober-

**DIE SPD WILL ZU EINER
SECHSJÄHRIGEN MITTEL-
STUFE ZURÜCKKEHREN**

stufe mit einem echten Kursystem aus Einführungs- und Qualifikationskursen so flexibel gestalten, dass sie in zwei bis vier Jahren durchlaufen werden kann, abhängig vom individuellen Lerntempo.

Zusätzlich wollen wir das Lerntempo jedes einzelnen Kindes durch eine flexible Eingangsstufe in der Grundschule berücksichtigen. In dieser Schuleingangsstufe werden die ersten beiden Schuljahre jahrgangsübergreifend unterrichtet. Je nach Leistungs- und Entwicklungsstand können die Schüler/-innen diese Eingangsstufe auch in einem oder in drei Schuljahren durchlaufen.

erfolg in kaum einem anderen Industriestaat so stark von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten abhängig ist wie in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder, die bereits auf soziale Unterstützung angewiesen sind oder deren Familien nur ein

geringes Einkommen zur Verfügung steht. Die Bundesregierung muss zwar aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts künftig sicherstellen, dass die Regelsätze des SGB II ausreichen, um Kindern den Zugang zu den Bildungsangeboten zu ermöglichen, aber da-



SV+ PLUS HC = SBS ODER: WIE FRAU HENZLER SV+ VERSCHLIMMBESSERT!

Dr. Michael Reuter, MdL

Ursprünglich war es eine gemeinsame Vision aller Fraktionen im Hessischen Landtag: Im Jahre 2003 begann das „Modellprojekt Selbstverantwortung plus“ zur Entwicklung einer selbstverantworteten Beruflichen Schule (SBS). Trotz aller Widrigkeiten haben die beteiligten Schulen mit großem Engagement das Projekt vorangetrieben. Plötzlich aber sind weitere Spieler auf dem Feld aufgetaucht: Zunächst wurde der HESSENCAMPUS (HC) völlig beziehungslos aufs Nachbargleis gesetzt. Damit aber nicht genug. Wie sich aus der Antwort der Kultusministerin auf eine Große Anfrage der SPD ergibt (Drs. 18/2982), ist das „Handlungsfeld 6: Bildungsangebot und regionales Bildungsnetzwerk“ für die SBS ein verbindliches Handlungs-

feld und auf die Verknüpfung mit HESSENCAMPUS ausgerichtet. Was ursprünglich als optionales Handlungsfeld 6 im Modellprojekt Selbstverantwortung plus begann, wird nun verbindlich für alle Schulen, die eine SBS werden wollen. Und was machen die Schulen, die HESSENCAMPUS-Schulen aber keine SV-plus-Schulen sind? Antwort der Kultusministerin: Ihnen wird „dringend empfohlen“, sich zur SBS weiterzuentwickeln. Anstatt die SV-plus-Schulen ohne bürokratische Gängeleien endlich alle Handlungsfelder erfolgreich bearbeiten zu lassen, werden nun mitten im Prozess die Pferde gewechselt, und es wird SBS als neues Etappenziel ausgegeben. Die gute Arbeit der beruflichen Schulen hätte mehr Anerkennung verdient.

mit wird nur ein Teil der finanzschwachen Familien erreicht. Viele andere können nach wie vor die Fahrtkosten ihrer Kinder zur Oberstufe oder in die Fachoberschule nicht bezahlen. Mit dem Entwurf für eine Landesausbildungsförderung will die SPD in Anlehnung an die

BAföG-Regelungen bedürftige Jugendliche finanziell dabei unterstützen, einen weitergehenden Bildungsgang erfolgreich abzuschließen. Solange Bundesregelungen nicht greifen, ist das Land in der Pflicht, für Ausbildungsgerechtigkeit zu sorgen.